

# Die DVP im August 2021/Inhaltsverzeichnis

Jürgen Vable

Über problematische Verkehrszeichen . . . . . 299

## Abhandlungen

Holger Weidemann

Carsharing und straßenrechtliche  
Sondernutzungserlaubnis . . . . . 301

Im Rahmen der sog. Verkehrswende wird u.a. angestrebt, vorhandene Verkehre zu reduzieren. Hierzu soll auch das Carsharing beitragen. Bundes- und Landesgesetzgeber haben mit zahlreichen Normen versucht, das Carsharing zu fördern. Zu nennen ist zunächst das vom Bund erlassene Gesetz zur Bevorrechtigung des Carsharing (Carsharing-Gesetz – CsgG). Zudem ist zwischenzeitlich die Straßenverkehrsordnung (StVO) angepasst worden. Ferner haben die Bundesländer eigene Carsharing-Gesetze erlassen oder aber ihre Straßengesetze angepasst.

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Regelungen und geht in diesem Zusammenhang zunächst auch auf die Frage der gesetzgeberischen Kompetenzverteilung ein. Im Anschluss daran geht es darum, wie diese Mobilitätsform straßenrechtlich einzustufen ist, weil staatliche Stellen nur im Falle einer Sondernutzung gestaltend (und damit fördernd) eingreifen können.

Jan Seybold

Das ewige Problem der Subjektivität in der Welt. . . . . 307

Im Zivilprozess geht der Entscheidung des Gerichts zunächst die Klärung des Sachverhalts voraus. Dabei müssen zunächst die Voraussetzungen für eine Beweiserhebung, also streitige und entscheidungserhebliche Tatsachen, vorliegen. Das Risiko, eine solche Tatsache beweisen zu müssen, trifft die beweisbelastete Partei. Wer diese Last tragen muss, der Kläger oder der Beklagte, ist eine Frage des Einzelfalls. Die Grundregeln und Ausnahmen werden in diesem Aufsatz behandelt. Die im ersten Teil angesprochenen Beweismittel und auch deren Auswertung konkretisieren schließlich, welche Instrumente zur Durchführung des Beweises in Betracht kommen.

Mithilfe kurzer Beispielfälle wird ein Überblick über das Beweisrecht im Zivilprozessrecht gegeben.

Ron-Roger Breuer/Annegret Frankewitsch

Der neue § 28b IfSG . . . . . 312

Dieser Beitrag soll die Verfassungsmäßigkeit der neuen Regelung § 28b IfSG (sog. Notbremse) untersuchen und die praktischen Auswirkungen für die Kommunen, insbesondere bei der Kontrolle der in § 28b IfSG festgeschriebenen Verbote darstellen.

Im Rahmen der Verfassungsmäßigkeit wird insbesondere die Maßnahme der nächtlichen Ausgangssperre näher untersucht. Der rechtliche Teil dieses Beitrags schließt mit einem Blick auf die Eilentscheidung des BVerfG zum § 28b IfSG vom 5.5.2021.

Rouven L. Schnurpfeil

Zulässigkeit artenschutzrechtlicher Festsetzungen in  
der verbindlichen Bauleitplanung. . . . . 320

Bebauungspläne müssen nach § 1 Abs. 3 BauGB städtebaulich erforderlich, mithin gerechtfertigt sein. Diese Rechtfertigung bedingt auch die Vollzieh-

barkeit des Bebauungsplans, die Planung darf also nicht an unüberwindbaren rechtlichen oder tatsächlichen Hindernissen scheitern können, dauerhaft oder auf unabsehbare Zeit. Ein Grund des Scheiterns von Bauleitplanung kann dabei in den artenschutzrechtlichen Verboten des BNatSchG liegen. Von planungsrechtlich zulässigen Vorhaben können verbotene Einwirkungen auf geschützte oder gar streng geschützte Arten ausgehen. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände wirken sich somit mittelbar auf die Vollzugsfähigkeit und damit auf die Erforderlichkeit von Bauleitplanung aus. Sie sind daher im Abwägungsprozess der Bauleitplanung zu beachten. Wie dies geschieht und welche Verfahrensaspekte davon betroffen sind, wird in diesem Beitrag erläutert.

Ralf Klomfuß

Schwierigkeiten mit dem Widerspruchsbescheid . . . . . 325

Anhand von Beispielfällen werden ausgewählte Fragen aus dem Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht erläutert, insbesondere zur Stellung der Ausgangsbehörde im Widerspruchsverfahren.

## Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Meinung. . . . . 328

## Fallbearbeitungen

Thorsten Attendorf

Eine Standpauke geht viral . . . . . 329

In dieser **Online-Fallbearbeitung** aus dem Allgemeinen Verwaltungsrecht geht es um das Verfahren bei und die Auswahl unter möglichen schulischen Ordnungsmaßnahmen.

Bernd Reinemann

Ist das Recht gerecht und kann daher jedem nur recht sein?  
Teil 2 . . . . . 331

Diese Fallbearbeitung befasst sich u.a. mit einer Verfassungsbeschwerde, Mobbing und disziplinarrechtlichen Maßnahmen.

## Rechtsprechung

Anordnung der sofortigen Vollziehung einer Abrissverfügung bezüglich  
eines Gebäudes im Außenbereich („Haus am See“)  
(OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 17.7.2015 – OVG 10 S 14.15)  
. . . . . 335

Einbehalt eines Schülerhandys über das Wochenende  
(VG Berlin, Urteil vom 4.4.2017 – 3 K 797/15) . . . . . 337

Umsetzung eines Beamten nach Meldung eines Korruptionsverdachts  
(VG Bremen, Urteil vom 8.9.2015 – 6 K 1003/14) . . . . . 338

**Schrifttum** . . . . . 341

Die Schriftleitung